

Mainz, 17.04.2019

Antrag 0776/2019/1 zur Sitzung Stadtrat am 17.04.2019

**gem. Änderungsantrag (SPD, B'90/DIE GRÜNEN, FDP):
Lärmminderungsprogramm statt Lärmobergrenze - Nachtflugverbot von 22.00 bis
6.00 Uhr (ÖDP)**

Der Antrag wird wie folgt geändert:

Der Stadtrat bekräftigt, dass alle bisherigen Beschlüsse der Stadt Mainz zur Lärmminderung unverändert bestehen bleiben.

Der Stadtrat unterstützt die Verwaltung

1. In ihrer überregionalen Zusammenarbeit für ein echtes Nachtflugverbot und eine insgesamte Lärminderung.
2. In ihrem Bestreben auf Landesebene in Hessen und Rheinland- Pfalz Unterstützung für eine Lärminderung und ein echtes Nachtflugverbot zu erreichen.
3. In den Bemühungen Einfluss auf die Bundesregierung und den Bundestag zu nehmen, um über gesetzgeberische Maßnahmen die Priorität des Gesundheitsschutzes im Verhältnis zur Kapazität zu erhöhen.
4. Weiter alle juristischen sinnvollen und politischen Möglichkeiten im Sinne einer Lärminderung zu ergreifen.

Der Frankfurter Flughafen als Drehkreuz für Waren und Passagiere führt zu einer erheblichen Lärmbelastung in einem dicht besiedelten Gebiet. Die tatsächlichen Einflussmöglichkeiten von rheinlandpfälzischer Seite haben sich in der Vergangenheit, auch vor Gericht, als sehr begrenzt erwiesen. Entscheidend für eine Entlastung der Region bleibt eine koordinierte, gemeinsame Linie.

Alexandra Gill-Gers (SPD-Stadtratsfraktion)

Sylvia Köbler-Gross (Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Walter Koppius (FDP-Stadtratsfraktion)